

Mehr Einsatz gegen homo- und transphobe Hassgewalt!

Benennung von zwei Ansprechpersonen bei Polizei reicht nicht aus.

Anlässlich der Vorstellung der beiden Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei den Polizeipräsidi in Neubrandenburg und Rostock erklärt **Roy Rietentidt, Geschäftsführer des Lesben und Schwulenverbandes (LSVD) Landesverband LSBTI*Mecklenburg-Vorpommern Gaymeinsam e.V.**

Der LSVD Mecklenburg-Vorpommern Gaymeinsam e.V. begrüßt ausdrücklich die Benennung der beiden Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei den Polizeipräsidi in Rostock und Neubrandenburg. Gleichfalls erinnern wir die Landesregierung daran, dass die Benennung nur der erste Schritt sein kann, um den Opfern von homophob und/oder transphob motivierten Straftaten eine niedrigschwellige Beratung zu ermöglichen.

Die Dunkelziffer von Opfern homo- und transphob motivierter physischer oder psychischer Gewalt ist sehr hoch. Ein Großteil befürchtet immer noch bei einer Anzeige nicht ernst genommen zu werden. Hier muss durch vertrauensbildende Maßnahmen die Anzeigenbereitschaft erhöht werden. Um die Niedrigschwelligkeit dieser Programme zu gewährleisten muss die Community dabei frühzeitig eingebunden werden. Auch brauchen wir hier entsprechende Programme für den ländlichen Raum. Ferner muss die statistische Erfassung von Delikten, die gegen die sexuelle Selbstbestimmung und Vielfalt gerichtet sind, bereits in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) anhand von Tätermotiven gewährleistet werden. Nur so lassen sich im Land valide Zahlen der Straftaten ermitteln, die die Grundlage für langfristig angelegte Programme gegen Hassgewalt sein müssen.

Der LSVD fordert schon seit langem, dass in den Städten aber auch in den ländlichen Regionen zielgerichtete Präventionsprojekte gegen homo- und transphobe Gewalt eingerichtet werden. Auch muss das Thema Hassgewalt gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans* und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI*) stärker in die Aus- und Fortbildungen der Polizeibehörden und der Justiz integriert werden. Oft werden Straftaten gegen LSBTI* nicht als homophob oder transphob motiviert aufgenommen, da eine entsprechende Sensibilisierung der Beamt*innen fehlt. Darüber hinaus muss es auch bei den Staatsanwaltschaften entsprechende hauptamtliche Personen geben, die für das Thema „Hassgewalt gegen LSBTI*“ sensibilisiert sind und nach außen hin eine niedrigschwellige Ansprechbarkeit signalisieren.

Der Landesverband unterstützt nachdrücklich das Statement von Maik Exner-Lamnek (VelsPol MV), der unter anderem davon spricht, dass die von uns jahrelang geforderten Ansprechpartner für LSBTI* in der Landespolizei Zeit, Akzeptanz und eine gewisse Nähe zu den potenziellen Opfern vor Ort brauchen.

LSVD-Landesverband LSBTI* Mecklenburg-Vorpommern "Gaymeinsam" e.V.

Lübecker Straße 43

19053 Schwerin

T. 0385 – 55 75 54

info@gaymeinsam-mv.de

www.gaymeinsam-mv.de

Sebastian Witt

Vorsitzender

LSVD-LV LSBTI* MV Gaymeinsam e.V.

Dipl. Soz. Päd. (FH) Roy Rietentidt

Bildungsreferent